

Leseliste Certamen Rheno-Palatinum für Latein IV 2024:

Unsere Gesellschaft – am Anfang oder am Ende?

Inhalt

1. KRISE // CHANCE.....	1
2. „Krise“?! - Eine Begriffsklärung.....	2
3. Die Krise der Römischen Republik im 1. Jahrhundert vor Christus	2
4. „Spätromische Dekadenz“: Die wahren Gründe des Untergangs Roms	3
5. Politische Polarisierung in Zeiten der Krise.....	4
6. Die wahre Zeitenwende: Warum wir jetzt am Ende der Moderne stehen	8
7. Deutschlands Jugend zwischen Zufriedenheit und Zukunftsangst.....	9
8. Ländervergleich: Mit steigendem Wohlstand werden Jugendliche unglücklicher	11

1. KRISE // CHANCE

von Martina Padberg

„Krise“ – dieser Begriff umschreibt etwas, dem die meisten Menschen gerne ausweichen möchten: eine (noch) offene Situation, die das Schlimmste befürchten lässt. Denn von der Krise scheint es nur einen Schritt zur Katastrophe. In eine Krise zu geraten, ob sie sich nun im privaten Leben oder im gesellschaftlichen Kontext ereignet, bedeutet meist die Erfahrung von Kontrollverlust: Bewährte Handlungsmuster funktionieren plötzlich nicht mehr, bislang Verlässliches erweist sich als fragil, die Situation wird unüberschaubar. Anfangs werden oft Strategien der Abwehr oder der Kompensation aktiviert, um die Krise in der einen oder anderen Weise zu überstehen, dann wird vielleicht versucht, sie zu managen oder, im besten Falle, zu gestalten. Meist lassen sich Krisen nicht ohne einschneidende Umbrüche überwinden. Hat sich schließlich alles – mit oder ohne nachhaltige Verwerfungen – neu sortiert, hilft der Rückblick auf die Krise eventuell, um sich in den neuen Gegebenheiten zu orientieren und einzurichten. Der Historiker Reinhart Koselleck erkannte daher in Krisenwahrnehmungen das Potenzial zur „Selbstdiagnose“ einer Gesellschaft. Als Wendepunkt verstanden, birgt die Krise also durchaus Möglichkeiten zu (erzwungenen) Neuausrichtungen und kann damit mittelfristig eine stärkende Wirkung haben. Im 20. Jahrhundert erstmals pointiert in den 1970er- und 1980er-Jahren in Erscheinung getreten, erlebt der Krisenbegriff zurzeit eine Hochkonjunktur. Im Unterschied zu seiner ursprünglichen Semantik (griechisch *krisis* für „scheiden“, „auswählen“, „entscheiden“) zur Charakterisierung eines akuten, temporären Entscheidungsmoments zwischen Leben oder Tod, Heilung oder Krankheit, Recht oder Unrecht werden Krisenphänomene allerdings mittlerweile als chronifiziert wahrgenommen: Krise ist immer!

Die Coronapandemie hat dieses perpetuierte Krisenbewusstsein lediglich verschärft und verschiedene Erscheinungsformen – Wirtschaftskrise, Migrationskrise, Umweltkrise, Biodiversitätskrise, Klimakrise – als miteinander verschränkte und aufeinander bezogene globale Problemfelder erkennbar werden lassen. Gleichzeitig zeigte sich zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020, dass sich unter dem Eindruck der Entwicklungen grundlegende Verhaltensveränderungen einfordern und durchsetzen ließen: Der globale Verkehr von Menschen und Waren kam fast zum Erliegen, der Himmel war ebenso leer wie die Straßen. Aktivitäten reduzierten sich auf das Nötigste [...].

Quelle: Martina Padberg (Hrsg.): *Reset. Krise / Chance*. Katalog zur Ausstellung im Kunstmuseum. Ahlen 2021/2022.

2. „Krise“?!- Eine Begriffsklärung

Der Krisenbegriff hat eine lange Tradition, die bis in die griechische Antike zurückreicht. Der etymologische Ursprung des Wortes liegt im griechischen Substantiv *krisis*, das Streit, Urteil, Unterscheidung, Entscheidung oder Wendepunkt bedeutet, und im komplementären Verb *krinein*, das übersetzt prüfen, trennen, scheiden, auswählen, entscheiden, streiten oder kämpfen heißt. Neben dem Gebrauch im politischen, juristisch-forensischen, theologischen Kontext wurde *Krisis* insbesondere im medizinischen Zusammenhang verwendet und bezeichnete die finale Phase des Krankheitsprozesses mit der Wendung zu Gesundung oder Sterben. Insgesamt zielte *Krisis* ursprünglich »auf eine endgültige, unwiderrufliche Entscheidung. Der Begriff implizierte zugespitzte Alternativen, die keine Revision mehr zuließen: Erfolg oder Scheitern, Recht oder Unrecht, Leben oder Tod, schließlich Heil oder Verdammnis« (Koselleck 2006: 204). [...]

Jean-Jacques Rousseau war der erste Theoretiker, der den Krisenbegriff in einem modernen Sinn verwendete und Krisen mit politisch-sozialen Revolutionen in Verbindung brachte. Rousseaus Betrachtungen markieren eine Zäsur, weil er mit Krise nicht nur die Alternative zwischen Katastrophe und Gesundung im Sinne einer Rückkehr zur alten Ordnung meinte, sondern damit auch die Revolution als Möglichkeit von etwas Neuem und einer besseren und höheren gesellschaftlichen Ordnung assoziierte. Im Zuge der Amerikanischen und der Französischen Revolution verbreitete sich diese Auffassung und der Krisenbegriff bezog sich nunmehr auf folgenreiche gesellschaftspolitische Entscheidungssituationen.

Quelle: Joris Steg: Was heißt eigentlich Krise?, in: Soziologie 49,4 (2020), 425f.

3. Die Krise der Römischen Republik im 1. Jahrhundert vor Christus

Tiberius Gracchus ging im Jahr 133 v. Chr. in die Politik. Damals war Rom bereits zur führenden Macht im Mittelmeerraum aufgestiegen. Aber dieser außenpolitische Erfolg war mit einem hohen Preis im Inneren des Staates bezahlt worden. Das römische Heer war damals noch keine Berufarmee. Die meisten Bürgersoldaten waren Bauern. Die Kriegsschauplätze lagen immer weiter von Italien entfernt, die Bauern waren deshalb häufiger und länger abwesend. Darunter litten ihre Höfe. Viele Bauern gaben auf, verkauften ihren Hof zu geringen Preisen an Großgrundbesitzer und zogen mit ihrer Familie in die Stadt. Andere Kleinbauern arbeiteten zusätzlich auf großen Gütern. Ihre eigene Anbaufläche war zu klein, um die Familie zu ernähren. Grundsätzlich hätten sie das Land, das dem römischen Staat gehörte (*ager publicus*), nutzen dürfen, aber das war vielerorts von Großgrundbesitzern besetzt worden.

Tiberius Gracchus, später auch sein Bruder Gaius und ihre politischen Freunde wollten die Lage der Kleinbauern verbessern: Sie forderten eine Neuaufteilung des *ager publicus*. Auf diese Weise sollten größere Höfe entstehen und neue Existenzgrundlagen für Menschen geschaffen werden, die in Rom unterbeschäftigt waren. Die Adligen waren sich nicht einig, wie sie darauf reagieren sollten. Die einen hielten die Forderung für berechtigt. Sie nannten sich, weil sie dem Volk (*populus*) näher standen, Popularen. Die anderen blockierten die Reformen, weil sie eine Schwächung ihrer Stellung befürchteten. Sie betonten die Überlegenheit des Adels und nannten sich selbstbewusst Optimaten (*optimus*, „der Beste“).

Die Auseinandersetzungen zwischen Popularen und Optimaten prägten die römische Geschichte im 1. Jh. v. Chr. stark. Manchmal entluden sie sich in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Diese Gewalt hatte mit den Gracchus-Brüdern Einzug in die römische Innenpolitik gehalten. Tiberius konnte sein Agrargesetz nur durchsetzen, weil er einen anderen Volkstribunen kurzerhand abwählen ließ. Das war eindeutig ungesetzlich. Es brachen Straßenkämpfe aus, in deren Verlauf Tiberius den Tod fand. Sein Bruder Gaius erlitt bei einem erneuten Reformanlauf rund ein Jahrzehnt später das gleiche Schicksal. Formal waren die Gegner der Gracchus-Brüder im Recht, weil sie den popularen Politikern Gesetzesbruch vorwerfen konnten. Andererseits verschärfte sie den Konflikt, indem sie sinnvolle Reformen verhinderten. Nur selten einigten sich Popularen und Optimaten in der Folgezeit auf Kompromisse.

Die Ermordung der beiden Gracchen und vieler ihrer Anhänger (133 und 122 v. Chr.) ließ erstmals die ganze Brutalität und Grausamkeit erkennen, mit der in den Bürgerkriegen der folgenden 100 Jahre die politischen Auseinandersetzungen auf allen Seiten geführt wurden. Durch Proskriptionen, mit denen politische Gegner geächtet und für vogelfrei erklärt wurden, kamen Tausende ums Leben; Schlägertrupps terrorisierten die Bevölkerung und einzelne Heerführer schreckten nicht davor zurück, zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele die ihnen unterstellten Truppen auch gegen Rom marschieren zu lassen. So fand die Republik ihr Ende in den Konflikten der großen Militärpotentaten, in den Bürgerkriegen zwischen Pompeius und Caesar (49/48 v. Chr.)

und – nach der Errichtung der Diktatur auf Lebenszeit durch Caesar und nach seiner Ermordung (44 v. Chr.) – zwischen Marcus Antonius und Octavian, Caesars Adoptivsohn (32/31 v. Chr.).
Quelle: zusammengestellt aus: Pontes Gesamtband, hrsg. von Jürgen Behrens u.a., Stuttgart 2020, 110 und Res Romanae, hrsg. von Heinrich Krefeld, Berlin 2008, 9 und 40f.

4. „Spätromische Dekadenz“: Die wahren Gründe des Untergangs Roms

Von "spätromischer Dekadenz" sprach FDP-Chef Westerwelle im Zusammenhang mit seinen Vorstellungen über Hartz-IV-Empfänger. Wie war das damals wirklich in Rom der Spätantike?

Von Hellmuth Vensky

Aktualisiert am 6. Februar 2012, 16:02 Uhr

Der Zusammenbruch des römischen Imperiums hatte viele Ursachen. Der unmittelbare Auslöser war die Völkerwanderung: Die Hunnen drangen aus Asien nach Ostmitteleuropa ein. Andere Völker zogen daraufhin nach Westen und Süden und bedrängten wiederum das Römische Reich.

Seit 395 war das Reich in West- und Ost-Rom geteilt, die sich zwar als ein Imperium verstanden, aber von zwei Kaisern beherrscht wurden. Ost-Rom hielt den andrängenden Völkern stand, unter anderem, weil diese das stark befestigte und strategisch entscheidende Konstantinopel an der Pforte zu Kleinasien nie erobern konnten; es stand aber zu sehr unter Druck, um der westlichen Reichshälfte beistehen zu können.

West-Rom hatte den angreifenden Stämmen wenig entgegenzusetzen. Es hatte reiche Provinzen verloren, allen voran "Africa", konnte deshalb nicht mehr genug Truppen unterhalten und musste verstärkt "foederati" anwerben, Hilfstruppen aus den romanisierten germanischen Stämmen. Die waren ohnehin schwerer zu kontrollieren als die im engeren Sinne römischen Truppen, neigten nun zur Verbrüderung mit ihrer Verwandtschaft von jenseits der Grenzen und errichteten schließlich eigene Reiche auf dem Gebiet des Imperiums. Im 5. Jahrhundert übernahmen sie die Herrschaft in Italien – so weit das Ende [Roms](#) im Schnelldurchgang. Und wo bleibt die Dekadenz?

Hartz IV in Rom

Ein antikes Gegenstück zu Hartz IV gab es durchaus – aber nicht in der Untergangs-, sondern in der Blütezeit Roms. Weil dank der militärischen Expansion billige Sklaven nach Italien kamen, fehlten Jobs für gering qualifizierte Römer.

Volkstribun Gaius Sempronius Gracchus erließ 123 vor Christus die "Lex frumentaria", das Getreidegesetz: Bedürftige erhielten verbilligtes Getreide. Weil die konkurrierenden politischen Lager die Zuteilung als Machtmittel nutzten, bekamen immer mehr Empfänger diese Hilfe – deren Einführung das Imperium aber um mehrere Jahrhunderte überlebte.

Den Begriff "décadence" prägte Nicolas Boileau im 17. Jahrhundert; Montesquieu und Edward Gibbon wendeten ihn auf den Untergang des Römischen Reiches an, mit dem er seither untrennbar verbunden ist. Dahinter steht eine Weltsicht, derzufolge jedes soziale Gebilde einem natürlichen, zwangsläufigen Entstehungs- und Verfallsprozess unterliegt. Dazu gehört, dass die ursprünglich zum Aufstieg beitragenden Eigenschaften nach einer Phase der Blüte in die Degeneration umschlagen.

Rom wuchs und wurde reich – und dann lief etwas schief. Zwar herrschte auch nach der Blütezeit des Reiches ein Wohlstand im gesamten Imperium, der über Jahrhunderte nicht mehr erreicht wurde. Aber die Verteilungsgerechtigkeit wurde zu krass. Knapp ein Prozent der 50 bis 80 Millionen Menschen, die um Christi Geburt im Römischen Reich lebten, teilten den Reichtum unter sich auf. Die Elite der Grundbesitzer, Staatsbeamten und Militärs lebte dank der hohen Steuereinnahmen aus den Provinzen im Überfluss, lateinisch "luxuria".

Die Macher der Wanderausstellung *Luxus und Dekadenz. Römisches Leben am Golf von Neapel* nennen die Preise: 4000 Sesterzen für ein Pfund Purpur, 100.000 für einen guten Lustsklaven, eine Million für einen edlen Tisch aus Zitrusholz. Ein freier Bürger der Unterschicht verdiente als Tagelöhner vier Sesterzen am Tag. Sklaven verdienten nichts.

Die im Überfluss lebende Elite neigte offenbar zu Exzessen, die ihre Urteilsfähigkeit trübten und die Verteidigungsbereitschaft Roms schwächten – wobei man vorsichtig sein muss: Die in Hollywood so beliebten Ausschweifungen und Orgien gehen auf zeitgenössische Beschreibungen zurück, die oft von politischen Interessen gefärbt sind.

Ein bekanntes Beispiel für die Exzentrizität der herrschenden Klasse ist Incitatus, das Lieblingspferd des berühmtesten Kaisers Caligula. Dieser habe, erzählen die Geschichtsschreiber Sueton und Cassius Dio, das Ross zum

Konsul ernannt, um den Senat zu provozieren. Caligula, der Überlieferung zufolge größenwahnsinnig, soll seinem Pferd (und nicht einem Esel, wie der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Zusammenhang mit Guido Westerwelle meinte) einen eigenen Palast, Sklaven, kostbare Elfenbein-Möbel, Schmuck und Kleider geschenkt haben. Weil der grausame Herrscher auch noch Senatoren und Adelige hinrichten ließ, wandte sich die Oberschicht gegen ihn und ließ die Prätorianergarde putschen.

Auch unterhalb der Schwelle, die Caligula mit seiner Willkürherrschaft überschritten hatte, galt die Luxuria den Zeitgenossen keineswegs als Tugend: Die allzu üppige Zurschaustellung des Reichtums verletzte traditionelle römischen Werte und den Sinn für das Gemeinwohl, monierten schon zeitgenössische Kritiker wie Plinius der Ältere oder Seneca. Der allerdings war selbst Großgrundbesitzer – was den Kollegen Valerius Maximus zum Kommentar verleitete: "Luxus ist ein süßes Gift, das man viel leichter anklagen als vermeiden kann." Quelle: <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2010-02/Rom-antike-dekadenz>, abgerufen am 22.01.2024, 20:32 Uhr)

5. Politische Polarisierung in Zeiten der Krise

Trends und Facetten politischer Polarisierung

Die Auswirkungen aktueller Krisen treffen oftmals die Gesellschaften des globalen Südens besonders hart. Sie verstärken aber auch in westlichen Demokratien Befürchtungen einer Polarisierung von Politik und Gesellschaft. Diese Sorgen beziehen sich etwa auf zugespitzte Debatten über die Klimapolitik, Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Covid-19-Pandemie oder unterschiedliche Beurteilungen des Krieges in der Ukraine. Aus friedenspolitischer Sicht kann es nicht darum gehen, einem verlorenen Ideal vermeintlicher kultureller Homogenität nachzueifern oder kontroverse Auseinandersetzungen über zentrale gesellschaftliche Herausforderungen zu pathologisieren. In extremer Form kann Polarisierung aber demokratische Verfahren unterminieren, das gesellschaftliche Zusammenleben erschweren oder politische Gewalt befördern (→ Albrecht et al. 2021). Gerade in Zeiten der Krise gilt es daher, mögliche Gefährdungen zu verstehen und die Grundlagen eines konstruktiven, gewaltfreien Konfliktaustrags zu bewahren und auszubauen.

Polarisierung stellt in pluralistischen Demokratien nicht per se ein Problem dar. Dies gilt insbesondere für eine „kognitive Polarisierung“, die sich vor allem in grundlegenden Unterschieden bei Einstellungen zu zentralen politischen Fragen ausdrückt. Kontroverser Streit über wichtige gesellschaftliche Belange ist in vielen Fällen sogar förderlich und notwendig, um sich über umstrittene Fragen zu verständigen oder Missstände aufzuzeigen.

Eine „affektive Polarisierung“ manifestiert sich demgegenüber in fundamentaler Abneigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander. Diese kann insbesondere dann zur Gefahr werden, wenn politische Konflikte den gesellschaftlichen Alltag insgesamt strukturieren. Bei einer solchen „schädlichen Polarisierung“ zerfallen Gesellschaften in getrennte Camps entlang antagonistischer politischer Identitäten und moralisch aufgeladener Freund-Feind-Unterscheidungen, zwischen denen Austausch und Kompromissbildung nur noch schwer möglich sind (→ McCoy/Somer 2020).

Diese Form der Spaltung kann dazu führen, dass sich auch Medien, Gerichte oder Bildungsinstitutionen entlang entsprechender Gruppenzugehörigkeiten ausrichten. Polarisierung in dieser Form untergräbt demokratische Politik, etwa weil Anhänger:innen einer Seite Regelverstöße zum vermeintlichen Nutzen der eigenen Sache tolerieren oder Wahlergebnisse nicht akzeptieren. Zunehmende soziale Ungleichheit oder Veränderungen der öffentlichen Kommunikationskultur in den sozialen Medien können eine solche Entwicklung befördern. Es braucht aber stets Akteur:innen in Politik oder Medien, die diesen Prozess bewusst vorantreiben und für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. In den letzten Jahren haben vor allem (rechts-)populistische Parteien und Politiker:innen diese Rolle übernommen. In Brasilien etwa scheiterte Jair Bolsonaro 2022 nur äußerst knapp daran, sich mit einer entsprechenden Strategie die Wiederwahl zu sichern. In der Folge stürmten Anhänger:innen des Ex-Präsidenten am 8. Januar 2023 den Kongress, den Obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast in Brasilia. Dieses Ereignis ähnelte in vielerlei Hinsicht dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 in den USA durch Unterstützer:innen Donald Trumps.

Einen global vergleichenden Blick ermöglicht der Indikator „Politische Polarisierung“ des V-Dem Instituts. Auf der Basis von Expert:innen-Einschätzungen werden hier Länder danach eingestuft, ob und inwieweit ihre Gesellschaften „in antagonistische politische Lager“ gespalten sind. Das Ausmaß politischer Polarisierung ist im globalen Durchschnitt demnach seit der Jahrtausendwende kontinuierlich angestiegen und hat im Zuge der Covid-19-Pandemie einen erneuten Schub erlebt. Besonders stark stieg die politische Polarisierung in den

letzten Jahren auch in Europa und Nordamerika. In Deutschland, für das V-Dem bis einschließlich 2014 nahezu keinerlei politische Polarisierung verzeichnet, sieht die jüngste Entwicklung auf den ersten Blick dramatisch aus. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das absolute Niveau der Polarisierung in Deutschland im internationalen und auch innereuropäischen Vergleich immer noch eher niedrig und zuletzt wieder gesunken ist. Mit dem Wert von 1,2 (1 = „vorwiegend keine“ Polarisierung) galt Deutschland im Jahr 2022 jedenfalls als politisch deutlich weniger gespalten als Frankreich, Großbritannien, Österreich und Spanien (um die 2,5), Italien (3,3) oder gar Polen und Ungarn (fast 4). Als deutlich weniger polarisiert gelten aktuell Dänemark (0,72), Irland (0,32) und Norwegen (0,26) (→ V-Dem 2023; Anmerkung der Jury: Nach der Wahl in Polen zeigt sich, dass in demokratischen Gesellschaften das Pendel auch wieder in die andere Richtung schlagen kann. Somit sollte der Wert jetzt deutlich niedriger als "4" sein.)

Wie die vergleichende Forschung zeigt, ist politische Polarisierung ein bedeutsamer Treiber einer sich schleichend vollziehenden Entdemokratisierung, wie sie seit einigen Jahren in zahlreichen Ländern rund um den Globus zu beobachten ist (→ Albrecht et al. 2021). Auch mit Blick auf den graduellen Qualitätsverlust der Demokratie – gemessen am Liberal Democracy Index von V-Dem – reiht sich Deutschland in den globalen Durchschnittstrend ein. Der Rückgang der Demokratiequalität liegt hier allerdings innerhalb der statistischen Schwankungsbreite der befragten Expert:innen, sodass für Deutschland nicht ernsthaft von einer Entdemokratisierung gesprochen werden kann. Allgemein zeigt sich Entdemokratisierung weniger als durchgängiger Trend, denn als bemerkenswerte Entwicklung in einer Reihe von Staaten. Neben den USA sind hier nach V-Dem-Daten für Europa insbesondere Polen, Serbien und Ungarn sowie Griechenland zu nennen (→ V-Dem 2023).

Eine genauere Analyse veranschaulicht diese globalen Muster. In den meisten Ländern zerfallen die Gesellschaften bisher nicht in zwei völlig getrennte feindliche Lager. Trotz stark unterschiedlicher Positionierungen größerer Gruppen an den Enden der politischen Skala findet sich in den meisten westlichen Demokratien ein Großteil der Bevölkerung entlang eines Kontinuums unterschiedlicher, gemischter Positionen, statt sich extremen Polen des Meinungsspektrums zuzuordnen. Komplexe politische Konfliktkonstellationen zu Themen wie Migration oder Nachhaltigkeit lassen sich nicht einfach darauf reduzieren, dass sich ältere und ländliche, oftmals männliche Bürger von den kulturell liberaleren Ansichten jüngerer, überwiegend urbaner, akademisch gebildeter Gruppen entfremdet fühlen. Auch wenn diese Faktoren durchaus eine Rolle spielen, strukturieren sich Gesellschaften nicht durchgängig entlang von Generationslinien oder Wohnorten. Das Problem besteht eher in einer Radikalisierung der Ränder, wobei insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen in vielen Fällen klar antipluralistische und teils antidemokratische Einstellungen zeigen. Konflikte, die Themen wie Geschlechteridentitäten oder Ernährungsweisen betreffen, werden oftmals von politischen Akteur:innen oder einzelnen Medien stark zugespitzt und für eigene Zwecke instrumentalisiert, etwa um die Identität einer Gruppe durch eine klare Abgrenzung von anderen zu stärken (→ Mau 2022). Das Geschehen auf Twitter oder bei Demonstrationen lässt sich aber nicht ohne Weiteres auf ganze Gesellschaften übertragen.

Für Deutschland ergibt sich ebenfalls eine differenzierte Einschätzung der Lage. Das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie ist bei einem Großteil der Deutschen nach wie vor hoch, auch wenn viele Menschen die konkrete Leistungsbilanz demokratischer Institutionen bei der Bearbeitung aktueller Krisen skeptisch betrachten. In jüngeren Umfragen stimmten 81,9% der „Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist“ zu und eine immer noch deutliche Mehrheit von 57,7% äußerte Zustimmung zur „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“. Einige dieser Zustimmungswerte fallen in Ostdeutschland nach wie vor geringer aus, haben im letzten Jahr aber auch dort zugelegt. Allerdings glaubt in den ostdeutschen Bundesländern eine besonders große Gruppe von 81,3%, die Demokratie nicht ausreichend mitgestalten zu können (→ Decker et al. 2022: 62–65). In Deutschland bleibt das Vertrauen in staatliche Institutionen im internationalen Vergleich insgesamt eher hoch und 81,4% der Befragten haben großes Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Wahlen (→ Zick/Küpper 2022: 49–51).

Der Anteil an Personen, die rechtspopulistischen oder offen rechtsextremen Positionen zustimmen, war in den letzten Jahren eher rückläufig. Dort, wo sich diese Haltungen zeigen, gehen sie allerdings oftmals mit antidemokratischen Ansichten einher. Bei einem substanziellen Teil der Gesellschaft zeigt sich zudem eine diffuse Zustimmung oder jedenfalls keine klare Ablehnung gegenüber einzelnen rassistischen oder rechtspopulistischen Aussagen. Gerade die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen haben den Wunsch nach starken

Autoritäten und die Neigung zur Abwertung einzelner Gruppen, etwa zwischen Geimpften und Ungeimpften, verstärkt (→ Decker et al. 2022; Zick/Küpper 2022).[...]

Selbst bei hoch kontroversen Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität oder Gendergerechtigkeit ordnet sich eine Mehrheit der Deutschen aber nicht eindeutig einer rein ablehnenden oder zustimmenden Haltung zu. Die Zahl der Menschen, die sich eindeutig zu einem Vorrang der Ökonomie oder des Klimaschutzes bekennen, nimmt zwar zu, wobei Anhänger:innen der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen besonders deutlich voneinander abweichende Positionen einnehmen. Eine Mehrheit der Bevölkerung bewegt sich aber nach wie vor zwischen diesen Polen und vertritt eher abwägende Positionen. Starke persönliche Abneigungen im Sinne einer affektiven Polarisierung finden sich vor allem zwischen den Anhänger:innen der AfD und denen praktisch aller anderen Parteien. So sagen zwischen 65 und 70% der Wähler:innen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, dass sie lieber nichts mit Menschen zu tun haben möchten, die AfD wählen (Roose 2022: 312). Dies wirft die Frage auf, inwieweit dadurch ein Dialog zu den noch demokratischen, eher gemäßigten Teilen der AfD-Sympathisant:innen erschwert wird. Die starke Ablehnung gegenüber dieser Gruppe dürfte aber vor allem in antidemokratischen und antipluralistischen Äußerungen von jenen AfD-Politiker:innen zu suchen sein, die bewusst auf eine Strategie zugespitzter Polarisierung setzen.

Politische Strategien im Umgang mit Polarisierung

Neben der Suche nach Antworten auf spezifische Phänomene wie Proteste, Verschwörungserzählungen oder Desinformationskampagnen stellt sich die Frage, wie demokratische Gesellschaften grundsätzlich auf politische Polarisierung in Zeiten multipler Krisen reagieren sollten. Vor allem sollte aufgezeigt werden, wie die Effekte „schädlicher Polarisierung“ begrenzt werden können, ohne den legitimen und notwendigen Streit über zentrale Zukunftsherausforderungen zu unterminieren. Die Forschung bietet dazu erste Anhaltspunkte und Orientierungshilfen.

Erstens sollte eine zugespitzte Polarisierung nicht durch eine ebenso offensive Gegenpolarisierung beantwortet und damit weiter verstärkt werden. Akteur:innen aus Politik und Medien reproduzieren und befördern oftmals vereinfachende Gegenüberstellungen oder ausschließende Rhetorik und unterschlagen dabei die Komplexität von Konflikten. Auf stereotype Beschreibungen politischer Gruppen und Positionen sollte ebenso verzichtet werden wie auf aggressive Sprachbilder wie sie etwa in aktuellen Debatten über Proteste gegen den Klimawandel oder die Beurteilung des Krieges in der Ukraine immer wieder genutzt werden. Mit demokratisch gesinnten Aktivist:innen und Protestierenden sollte der kritische Dialog gesucht werden, um Feindbilder abzubauen und Blockaden zu durchbrechen (→ V-Dem 2020). Gleichzeitig dürfen Konflikte und Meinungsunterschiede nicht ausgeblendet werden.

Zweitens verweist die Forschung auf die Bedeutung demokratischer Institutionen und Verfahren sowie Reformoptionen. Polarisierung entsteht unter anderem durch das Gefühl der Bürger:innen, dass sie die Politik kaum beeinflussen können und die eigenen Positionen nur unzureichend repräsentiert werden. Diese Wahrnehmung ist nicht immer in allen Punkten zutreffend und wird teilweise von populistischen Akteur:innen bewusst geschürt. Es ist aber wichtig anzuerkennen, dass auch funktionierende Demokratien Defizite aufweisen können, die aktiv anzugehen sind. Neben zunehmender sozialer Ungleichheit zählen dazu auch die ungleichgewichtige Vertretung und Berücksichtigung der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen oder Mängel bei der demokratischen Kontrolle (→ McCoy/Somer 2021: 12–15). So wurde die Rolle der Parlamente im Umgang mit Krisen wie der Corona-Pandemie oder Terroranschlägen in vielen Fällen eingeschränkt oder Parlamente haben zugunsten der Exekutive selbst darauf verzichtet, sich an Entscheidungen zu beteiligen (→ Albrecht et al. 2021). Die effektive Kontrolle der Regierung und eine aktive Opposition, die politische Alternativen formuliert, ohne gesellschaftliche Gruppen bewusst gegeneinander auszuspielen, sind ein wichtiger Schutz vor extremer Polarisierung und Entdemokratisierung.

Neue und innovative demokratische Formate können die etablierten Institutionen sinnvoll ergänzen. Klimaaktivist:innen von „Extinction Rebellion“ oder von „Letzte Generation“ haben immer wieder die Einsetzung von „Bürger:innenräten“ gefordert, die aus einer Auswahl zufällig ausgeloster Bürger:innen bestehen und Vorschläge zu wichtigen politischen Themen erarbeiten sollen. Als Vorbild dient dabei die irische Citizens' Assembly, die sich unter anderem mit dem Klimawandel befasst hat und in der viele Maßnahmen zur Klimapolitik auf große Zustimmung gestoßen sind. Solche Formate können helfen, Stereotype abzubauen und Zustimmung für schwierige und folgenreiche Maßnahmen zu gewinnen. Wichtig ist aber, die Auswahl der Räte und der im Prozess angehörten Expert:innen transparent und ausgewogen zu gestalten und die Unterschiede zu anderen politischen Verfahren der Entscheidungsfindung genau zu klären (→ Devaney et al. 2020). Dies

ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, politische Mehrheiten für kontroverse Maßnahmen zu organisieren und dafür zu sorgen, dass die Autorität klassischer repräsentativer demokratischer Institutionen nicht untergraben wird.

Drittens kann einer extremen Polarisierung durch die Arbeit an zukunftsfähigen Lösungen für die Krisen der Gegenwart entgegengewirkt werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Klimawandel. Wenn ökologische Belastungsgrenzen fundamental überschritten werden, dann stellt gerade dies langfristig die größte Gefahr für demokratische Politik und das gesellschaftliche Zusammenleben dar, etwa indem politisch Handelnden kaum noch Spielraum für politische Abwägungen bleibt (→ Sachverständigenrat für Umweltfragen 2019). Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten unterschiedliche Arten und Grade der Betroffenheit und soziale Kosten angemessen reflektieren und in demokratischen Prozessen erläutert und diskutiert werden. Notwendige Entscheidungen und Wandlungsprozesse dürfen gleichzeitig nicht mit Verweis auf die mögliche Gefahr politischer Polarisierung verdrängt oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Gesellschaften müssen dabei im Sinne einer gesellschaftlichen Resilienz, die vor allem marginalisierte und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, auch zum Umgang mit zukünftigen Krisen befähigt werden.

Die europäische Politik hat bereits gezeigt, dass sie durchaus über Spielräume verfügt, um grenzüberschreitende, sich gegenseitig verstärkende Krisen effektiv zu bearbeiten. Der mehr als 750 Mrd. € fassende europäische Wiederaufbaufond Next Generation EU, der vor allem auf die Folgen der Covid-19-Pandemie zielt, belegt dies. Zudem einigten sich die Mitgliedsstaaten der EU nach langen Auseinandersetzungen darauf, Maßnahmen gegen die aktuelle Energiekrise mit Hilfe des gemeinsamen Gaseinkaufs sowie der Gaspreisdeckelung solidarisch zu bewältigen. Die Kontroversen über den Umgang mit steigenden Energiepreisen lässt aber erahnen, welche Herausforderungen im Rahmen der grünen (und gerechten) Transition auf die Solidaritätsbeziehungen zwischen und in den europäischen Staaten noch zukommen werden. In der Migrationspolitik haben sich die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls einstimmig darauf verständigt, ukrainischen Kriegsflüchtlingen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Allerdings scheitert die europäische Politik seit Jahren daran, eine nachhaltige und humane Lösung für den Umgang mit Geflüchteten aus anderen Weltregionen zu finden. Neben dem unmittelbaren Krisenmanagement darf die Suche nach langfristigen Ansätzen zur Bearbeitung der Ursachen aktueller Krisen daher nicht untergehen.

Schlussfolgerungen

In den meisten westlichen Demokratien zerfallen Gesellschaften als Ganzes bisher nicht in feindlich gesinnte politische Lager. Demokratische Institutionen beweisen in vielen Fällen ihre Resilienz. Die Polarisierung nimmt jedoch erkennbar zu und erschwert in ihren extremeren Formen den konstruktiven Streit, der gerade in Krisenzeiten notwendig ist.

Es gibt kein Patentrezept für ein gelungenes demokratisches Zusammenleben. Eine aggressive Gegenpolarisierung ist aber in aller Regel kontraproduktiv; eher verstärkt sie eine extreme Polarisierung. Politik und Medien sollten daher nicht jede dramatisierende Twitter-Debatte aufnehmen, zugespitzte Konflikte durch scharfe Formulierungen zur eigenen Profilierung nutzen oder grundlegende Meinungsunterschiede als Ausschlusskriterium für einen kritischen Dialog betrachten. Stattdessen sollten die Parlamente als Orte der öffentlichen und kontroversen Diskussion alternativer Handlungsoptionen im Umgang mit aktuellen Krisen gestärkt werden. Neue Formen der Beteiligung wie etwa die mit Blick auf die Klimapolitik geforderten Bürger:innenräte sind eine sinnvolle Ergänzung, auch um die Attraktivität demokratischer Verfahren zu erhöhen.

Politische Proteste sind Ausdruck demokratischer Vitalität, solange sie nicht für extremistische Botschaften genutzt werden oder mit der Anwendung von Gewalt verbunden sind. Gerade in Krisenzeiten können sie dazu dienen, etablierte Handlungsweisen infragezustellen und alternative Optionen aufzuzeigen. Eine exzessive Anwendung des Strafrechts und präventiver Ingewahrsamnahmen stellen ebenso wenig eine angemessene Antwort auf Formen des zivilen Ungehorsams dar wie öffentliche Diffamierungen und deplatzierte Vergleiche. Notwendig ist dennoch ein deutliches Bekenntnis zu den Grenzen des Tolerierbaren in der politischen Auseinandersetzung. Insbesondere die Akzeptanz der Grund- und Menschenrechte sowie zentraler demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren müssen dabei den Maßstab bilden. Daher gilt es, die Resilienz demokratischer Gesellschaften gegenüber klar antidemokratischen Ideologien oder Desinformationskampagnen zu stärken. Dazu sollten Beratungs- und Bildungsprogramme, wie sie etwa im Demokratiefördergesetz vorgesehen sind, auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte weiter finanziert und, wo möglich, ausgebaut und verstetigt werden. Auch der laufende Strategieprozess der Bundesregierung „Gemeinsam für Demokratie und

gegen Extremismus“ sollte nicht nur bereits vorhandene Maßnahmen bündeln, sondern, auf aktuellen Forschungserkenntnissen aufbauend, neue beschließen und gut funktionierende Maßnahmen längerfristig fördern.

Die schädlichen Effekte politischer Polarisierung in Krisenzeiten lassen sich schließlich vor allem durch politische Antworten auf eben diese Krisen reduzieren. Das ist alles andere als einfach. Kontroverse Debatten und politische Widerstände dürfen aber nicht als pauschale Ausrede dienen, um notwendige Transformationen immer weiter zu verzögern und stattdessen den Status Quo festzuschreiben. So sollten politische Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels der Größe des Problems gerecht werden und gleichzeitig die sozialen Folgen für verschiedene soziale Gruppen berücksichtigen. Notwendig bleibt zudem eine humane und solidarische, langfristig ausgerichtete Migrationspolitik. Nationale und europäische Maßnahmen gegen steigende Energie- und Lebenshaltungskosten illustrieren den vorhandenen Handlungsspielraum der Politik.

Quelle: https://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2023/02.ausgabe/09.transnationale-sicherheitsrisiken/FGA2023_5.pdf (abgerufen am 23.01.2024 um 20:46 Uhr)

6. Die wahre Zeitenwende: Warum wir jetzt am Ende der Moderne stehen

von Wolfgang Schütz

Die aktuellen Krisen lehren: Statt um Selbstentfaltung wird es künftig um Selbsterhaltung gehen. Wie muss die neue Klima-Gesellschaft aussehen? Und was bleibt von unserer Freiheit?

Ziemlich genau vier Monate liegen zwischen dem letzten, sehr deutlichen Klima-Alarm des Club of Rome an die Welt und der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Klimaaktivisten und Polizei um den fortgesetzten Kohleabbau im Dörfchen Lützerath. Global wie lokal ist die Reaktion der Politik: Der Versuch, weiter so gut es geht zu managen – was, so wusste schon der Vordenker der (Welt-)Risikogesellschaft Ulrich Beck, eher das Gegenteil einer Lösung ist. Und diese Lösung durch Aufschieben nur noch dringlicher werden lässt. Wie lange aber können wir die konsequente Umkehr noch aufschieben? Ob wir es nun zur Kenntnis nehmen wollen und uns dem stellen oder nicht: Überhaupt zu meinen, wir hätten noch Zeit, wir wären nicht inmitten einer allumfassenden Zeitenwende, ist bloße Illusion. Das ist der nüchterne Befund des Soziologen Philipp Staab. Denn längst finde eine Transformation statt, die einen Epochenbruch bedeute: das Ende der Moderne!

Humboldt-Professor Philipp Staab: Anpassung wird zum neuen Leitmotiv

So lautet die Analyse im aktuellen Buch des Berliner Humboldt-Professors: "In der Moderne dominierte der Glaube, die Welt ließe sich gestalten und der Fortschritt Sorge quasi automatisch für ein besseres Morgen. Erderwärmung, Wachstumskrise und subjektive Überlastungen haben diesen Optimismus erschüttert. Heute geht es in erster Linie darum, die Katastrophe abzuschwächen. Und selbst wenn es gelingen sollte, werden wir mit dem Wandel umgehen müssen. Fragen der Selbsterhaltung überlagern dann jene der individuellen und kollektiven Selbstentfaltung. Anpassung wird zum Leitmotiv der Gesellschaft."

Und "Anpassung" heißt auch das Werk, das zeigt: Im Zeichen der Selbsterhaltung bleibt uns nur noch die Wahl, wie bewusst wir diese Anpassung unserer individuellen und kollektiven Lebensumstände vornehmen oder wie blind getrieben wir sind. Wobei der Mensch als handelndes Subjekt im Zeitalter der Selbstentfaltung bei aller beispiellosen Erweiterung der Spielräume menschlicher Möglichkeiten ja bereits seine eigene Steuerungsfähigkeit massiv überschätzt habe, so Staab. Stattdessen pflegte der moderne Mensch "ein destruktives Weltverhältnis" und steht nun vor einer durch anhaltende Verdrängung ins Katastrophale angewachsenen Situation.

In allen Bereichen muss nachjustiert werden: Wirtschaft, Außenpolitik, Sozialstaat

Etwas, das Ulrich Beck bereits beschrieb: als Rückkehr von (Über-)Lebensfragen als Nebenfolge der Modernisierung, auftretend als nicht mehr zu leugnende Tatbestände. Staab schreitet die Aufgabenfelder ab: "Anpassung des Wirtschaftens an die Fragilität der globalen Lieferketten, Anpassung der Außenpolitik an den Kampf der Weltmächte um Hegemonie, Anpassung des Sozialstaats an die kommenden Herausforderungen. Und Anpassung der Erwartungen von Bürgern, Produzenten und Konsumenten an diese neue Gesamtlage, und das heißt zunächst einmal: Illusionen verabschieden." Beim Klimawandel seien unsere Spielräume ohnehin nur noch begrenzt auf "die abmildernde (Mitigation) und bewahrende (Resilienz) Antizipation von Sachzwängen" reine Anpassungsreaktionen.

Eine zu verabschiedende Illusion heißt darum auch: Freiheit. Zumindest im bisherigen Sinne. Denn wenn Freiheit bisher die (Willkür der) Selbstentfaltung meinte, werden auch ihre individuellen Spielräume künftig überhaupt nur noch von unserer Fähigkeit zur kollektiven Anpassung bestimmt. Man könnte das universelle

Verantwortung nennen. Und eine, die damit wie zwischen Einzelnen und Gesellschaft auch zwischen Einzelstaaten und der Welt infrage steht. Sofern Nationen des Wohlstandswestens ihrer Privilegien des inneren Friedens wegen noch meinen, bewahren zu müssen, werden sie damit die Folgen für andere verschärfen und äußere Konflikte schüren.

Wie schon der Club of Rome voraussah

Das war auch Teil im Fahrplan namens "ein Survivalguide für unseren Planeten", den der Club of Rome vorgestellt hat. Mit einer großen Zeitenwende in fünf Kehrtwenden, darunter: endgültige, möglichst sofortige und vor allem komplette Ablösung der fossilen durch regenerative Energien; und die Finanzierung der Maßnahmen gegen den Klimawandel durch die reichsten zehn Prozent innerhalb der Länder, um das Kippen der Gesellschaften zu vermeiden, und auch global durch die reichsten zehn Prozent, weil nur durch Umverteilung die allen gemeinsame Katastrophe und auf dem Weg dorthin drohenden Konflikte und Kriege verhindert werden könnten.

Und das führt nun auch wieder nach Lützerath. Denn Triebfeder zur Umsetzung der notwendigen Anpassung ist eine Generation, die inzwischen schon „Kinder der Apokalypse“ genannt wird und sich in ihrer Revolte von der letzten dadurch wesentlich unterscheidet, dass sie nicht für irgendwelche Utopien streitet, sondern für die zur Verhinderung der wirklich werdenden Dystopie kämpft. Sie "gewinnen aus der existenziellen Bedrohung ihre Mobilisierungskraft", so Staab, und: "Ideologiekritische Stimmen, die das Primat der Selbstentfaltung bis in die Gegenwart verlängern wollen, erkennen richtig: Für die Klimabewegung stellt sich weniger die Frage nach dem Wie als vielmehr jene nach dem Ob der Zukunft."

Der "uralte Begriff des Gemeinwesens"

Genau dieser Bewegung und ihrem Ringen, ihrem notwendigen Anwachsen zur Mehrheit hat der im vergangenen Oktober gestorbene Bruno Latour sein Vermächtnis gewidmet. Im „Memorandum“ genannten Buch "Zur Entstehung einer ökologischen Klasse" sieht auch der große französische Soziologe das Schicksal der Menschheit vor der Aufgabe: "Die entscheidende Wende besteht darin, der Aufrechterhaltung der Wohnbarkeitsbedingungen des Planeten Priorität einzuräumen und nicht der Entwicklung der Produktion.

Und Latour meint auch: "Fasst man die gegenwärtige Situation zusammen, kann man sagen, dass mittlerweile die ganze Welt verstanden hat, dass entschiedenes Handeln nötig wäre, um der Katastrophe Einhalt zu gebieten, es dafür aber an Mittlern, an Motivation, an Führung fehlt." Und er hofft, dass dazu aus den Bewegungen der Klimaaktivisten etwas wächst: "das Neue Klimaregime zwischen den Generationen", basierend auf Vernunft, vereint im Ringen um die Wohnbarkeit des Planeten. Mit Blick auf all die Konflikte – siehe "Klimateroristen", siehe Lützerath – seufzt Latour regelrecht: "Könnten wir doch nur diesen uralten Begriff des Gemeinwesens wieder zurückholen – dann könnten wir sogar auf das Label 'Ökologie' verzichten."

Insofern auch interessant, wer bei Philipp Staab ebenso wesentlich wie die Klimabewegten an der Schwelle zur nächsten Gesellschaft ist: die "systemrelevant" Beschäftigten in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Sicherheit, Infrastrukturen, Logistik und Versorgung. Ihre Notwendigkeit bedeutet auch die Notwendigkeit eines gegen Lobbys und Parteipolitik durchsetzungsfähigeren Staates, der Zukunftsfähigkeit in "vertikaler Autorität" effektiv organisiert ... Willkommen am Ende der Moderne, willkommen in einer neuen Welt?

Quelle: <https://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/gesellschaft-am-ende-der-moderne-steht-die-wahrenzeitenwende-id65179151.html> (abgerufen am 23.01.2024 um 20:34 Uhr)

7. Deutschlands Jugend zwischen Zufriedenheit und Zukunftsangst

von Marcel Fürstenau - 25.05.2023

Ukraine-Krieg, Klimawandel, Corona - kaum eine Generation muss in kurzer Zeit so viele Krisen erleben. Mit welchen Folgen? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat nachgefragt.

Wie beurteilen junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren angesichts multipler Krisen ihr eigenes Leben und ihre Position in der Gesellschaft? Welche Erwartungen haben sie an Politik und Parteien? Hinweise finden sich in einer groß angelegten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahesteht.

"Alarmiert, aber nicht resigniert"

Mehr als 4000 junge Wahlberechtigte haben an der repräsentativen Telefon- und Onlinebefragung sowie an vertiefenden Gesprächen teilgenommen. "Wir sind dabei auf junge Wähler:innen getroffen, die eine überraschende Reife ausstrahlen und angesichts der aktuellen Lage zwar alarmiert, aber noch lange nicht resigniert

sind", schreibt das siebenköpfige Autoren-Team, dem Politik- und Sozialwissenschaftlerinnen sowie Meinungs- und Trendforscher angehören. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt demnach, dass die Befragten überwiegend mit ihrem Leben zufrieden sind, sich jedoch von den vielfältigen Krisen stark verunsichert fühlen. Einen großen Stellenwert haben finanzielle und soziale Sicherheit, aber auch ideelle Werte - allen voran Familie und Freunde.

"Sie wollen ein gutes, normales Leben führen"

Ganz oben auf der Agenda junger Menschen stehen neben der allgegenwärtigen Klima-Krise die Themen Alterssicherung und Wohnen. "Sie schauen mit einem sehr realistischen Blick auf die Welt und ihr eigenes Leben und haben klar vor Augen, was sie erwarten können", heißt es in der Analyse. Und: "Sie wollen ein gutes, normales Leben führen." Da die Jugend in einem Zeitalter der Umbrüche und Verunsicherung aufwachse, stelle sich nicht mehr die Frage, ob es ihr einmal besser gehen werde als ihren Eltern, "sondern ob ihre Generation einen großen Absturz verhindern kann". Deshalb blicken junge Menschen in Deutschland offenbar noch weniger zuversichtlich in die Zukunft als die gesamte deutsche Wahlbevölkerung.

Nur ein Fünftel ist zuversichtlich

Drei Viertel (74 Prozent) der unter 30-Jährigen zeigen sich besorgt, nur ein Fünftel (19 Prozent) blickt positiv auf die derzeitige Lage in Deutschland. Alle Wahlberechtigten zusammen sind angesichts der derzeitigen Verhältnisse zu 69 Prozent eher beunruhigt, ein knappes Viertel (24 Prozent) zeigt sich optimistisch. Die oftmals geäußerte Sorge vor einer besonders demokratieskeptischen jungen Generation ist laut Studie offensichtlich unbegründet. Die Zufriedenheit mit dem politischen System entspreche bei den unter 30-Jährigen in etwa dem Niveau der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt. Allerdings betont das Autoren-Team, dass ungefähr die Hälfte der Befragten "wenig oder überhaupt nicht zufrieden" mit dem Funktionieren der Demokratie sei.

Parteien sollen sich mehr für die Jugend interessieren

Das scheint vor allem an der mangelnden Attraktivität von Parteien und ihrem überwiegend älteren Personal zu liegen. Sieben von zehn Befragten kritisieren eine in ihrer Wahrnehmung mangelnde Offenheit der Parteien für Ideen junger Menschen. Nur ein Fünftel meint, Politik nehme ihre Sorgen ernst. Und fast 40 Prozent finden die Sprache von Politikerinnen und Politikern unverständlich. Trotzdem attestieren junge Menschen in Deutschland der Politik mehrheitlich eine große Bedeutung für das eigene Leben. Allerdings haben 45 Prozent nicht das Gefühl, in ihrer Umgebung und bei Themen, die ihnen wichtig sind, etwas verändern zu können.

Fluch und Segen der sozialen Medien

Mit Politik in Berührung kommen 80 Prozent der 16- bis 30-Jährigen durch ihren alltäglichen Medienkonsum. Eine wichtige Rolle spielen soziale Netzwerke, aber auch das persönliche Gespräch im Freundes- und Familienkreis, in der Schule oder auf der Arbeit. Dabei haben Kanäle wie Instagram und TikTok einen zwiespältigen Ruf. Als Vorteil wird die kurze und leicht verständliche Zusammenfassung der Themen gesehen. Negativ bewerten junge Menschen vor allem die in den sozialen Medien angewandten Algorithmen sowie die Rolle von Influencerinnen und Influencern. Sie sehen die Gefahr, ungewollt in eine Meinungsblase gezogen und einseitig beeinflusst zu werden.

Misstrauen gegenüber Algorithmen und Fake News

Insgesamt wird den jungen Leuten in der Studie aber bescheinigt, "sich mit einem gesunden Misstrauen gegenüber Algorithmen und Fake News" im digitalen Raum zu bewegen. Für die eigene Meinungsbildung suchten sie nach objektiven Formaten, die einen neutralen Überblick zu parteipolitischen Positionen böten.

Warum macht TikTok süchtig?

Deshalb empfiehlt das Studien-Team den Parteien, dort kommunikativ aufzutreten, wo junge Menschen unterwegs sind: in den sozialen Netzwerken. Dabei gehe es in erster Linie um Authentizität. Einerseits werde erwartet, dass Abgeordnete über Expertise verfügen, gleichzeitig sollen sie nicht abgehoben daherkommen, möglichst natürlich auftreten und eine verständliche Sprache benutzen.

"Junge Menschen sind an politischen Themen interessiert"

Das verlangt auch Martin Schulz, der 2017 als SPD-Kanzlerkandidat die Bundestagswahl gegen die damalige Amtsinhaberin Angela Merkel verloren hat. Inzwischen leitet der 68-Jährige die Friedrich-Ebert-Stiftung, in dessen Auftrag die Jugend-Studie erstellt wurde. Sein Fazit: "Junge Menschen sind an politischen Themen und Teilhabe interessiert. Das ist ein gutes Zeichen."

Gleichzeitig werde aber klar, dass sich die junge Generation zu wenig von politischen Parteien gehört fühle. Das müsse man ernst nehmen, denn: "Die Akzeptanz politischer Entscheidungen ist von existenzieller Bedeutung für die Demokratie."

Quelle: <https://www.dw.com/de/jugend-in-deutschland-zwischen-zufriedenheit-und-zukunftsangst/a-65715969> (abgerufen am 23.01.2024, 20:13 Uhr)

8. Ländervergleich: Mit steigendem Wohlstand werden Jugendliche unglücklicher

In wohlhabenderen Ländern steigt die Lernintensität – mit negativen Folgen für das psychische Wohlbefinden von Schülern.

Steigt in einem Land der Wohlstand, hat das für Erwachsene einen positiven Effekt. Für Jugendliche ist es genau umgekehrt, wie eine neue Studie herausgefunden hat.

Das Leben in einem reichen Land hat nicht nur positive Seiten. Je reicher ein Land, desto unglücklicher ist seine Jugend. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der deutschen Ökonomen Robert Rudolf und Dirk Bethmann von der Korea University, die den Zusammenhang mit Daten von fast einer halben Million 15-Jähriger aus 72 Ländern festgestellt haben. Erschienen ist die Studie kürzlich im „Journal of Happiness Studies“. Die Daten stammen aus Schülerbefragungen, die 2018 im Rahmen der Pisa-Studie erhoben wurden.

Demnach sinkt die Lebenszufriedenheit von Jugendlichen, wenn das Pro-Kopf-Einkommen zunimmt. Anders als bei Erwachsenen, bei denen auf Länderebene mehr Wohlstand zu einer deutlichen Erhöhung der Lebenszufriedenheit führt, bedeutet der wirtschaftliche Erfolg eines Landes für Jugendliche häufig mehr Stress. Das sei ein Paradox, das wissenschaftlich bislang noch nicht bekannt gewesen sei, sagen die Autoren.

Zwar steige die Bildung – beispielsweise gebe es anteilig mehr Hochschulabschlüsse in einer Bevölkerung –, das Wohlbefinden nehme der Studie zufolge jedoch ab. Die Autoren schreiben, dass „moderne wissensbasierte Ökonomien immer höhere Investitionen in Humankapital in frühen Lebensphasen erfordern“. Die Lernintensität sei höher als in weniger wohlhabenden Ländern, heißt es. In Ländern mit mittlerem Einkommen seien die Bildungsanforderungen „tendenziell gering“, Jugendliche erlebten dort „ein hohes Maß an Wohlbefinden“. Länder mit niedrigem Einkommen tauchen in der Studie nicht auf, da es von ihnen keine Daten gibt.

Mädchen stärker betroffen als Jungs

Deutschland liegt mitten auf der Trendlinie, der Zusammenhang ist hierzulande besonders deutlich. Robert Rudolf sagte gegenüber der F.A.Z., dass Erwachsene in Deutschland eine höhere Lebenszufriedenheit hätten als erwartet. Das gelte jedoch nicht für deutsche Jugendliche. „Interessant sind auch die extrem unglücklichen Jugendlichen in der Türkei und Großbritannien, die sicherlich politische Ausreißer sind im Jahr 2018“, so der Ökonom. Als Begründung nennt Rudolf Erdogans zunehmenden Autoritarismus in der Türkei sowie den Brexit in Großbritannien.

Zwei weitere Ergebnisse fördert die Studie zutage: Dass Mädchen stärker von den hohen Anforderungen im Bildungswettbewerb betroffen seien und „mehr darunter leiden“. Zum anderen argumentieren die zwei Wissenschaftler, dass ein höheres Maß an Kooperation zwischen Mitschülern das Wohlbefinden stärke. Höherer Wettbewerb innerhalb von Schulen habe einen negativen Effekt auf die Zufriedenheit.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/klassenzimmer/jugendliche-werden-mit-steigendem-wohlstand-ungluecklicher-18709365.html> (abgerufen am 23.01.2024 um 20:24 Uhr)